

Währungs- und Wettbewerbspolitik garantieren einen stabilen Euro

Zum ersten Wirtschaftsforum des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) konnte Professor Dr. Wolfgang Franz in Mannheim rund 200 Teilnehmer begrüßen. „Mit dieser nun jährlich stattfindenden Veranstaltung will das ZEW ein Forum für die Diskussion aktueller wirtschaftspolitischer Fragestellungen bieten“, betonte der Präsident des ZEW in seiner Eröffnungsansprache.



Karel Van Miert, Prof. Dr. Wolfgang Franz und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing im Gespräch

■ Diskussionsgegenstand des ersten ZEW Wirtschaftsforums waren die „Perspektiven der Wirtschaftspolitik in Europa“, und gleich zum Auftakt kamen zwei hochkarätige Referenten zum Zug, die praxisnah und kenntnisreich in zwei zentrale Bereiche europäischer Wirtschaftspolitik einführten: Professor Dr. Dr. h.c. mult. **Otmar Issing**, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB), und **Karel Van Miert**, EU-Kommissar für Wettbewerbspolitik.

Issing: Stabiler Euro

In seinem Vortrag über den Euro wies Issing darauf hin, daß die neue Währung stark begonnen habe. Ihr seither tenden-

ziell rückläufiger Kurs sei auf ökonomische Ursachen zurückzuführen. Der EZB-Chefvolkswirt gab allerdings seiner Überzeugung Ausdruck, daß sich die Preisstabilität des Euro-Raums letztlich auch im Außenwert des Euro niederschlagen werde. Hier sei ohne Zweifel Aufwertungspotential vorhanden. Um dieses zu realisieren, bedürfe es allerdings der richtigen Finanzpolitik sowie einer Bereinigung der strukturellen Verwerfungen in einer Reihe von Euro-Mitgliedstaaten. Insbesondere das Beschäftigungsproblem bereite große Sorgen. Deshalb sei eine Reform der Arbeitsmärkte und die Deregulierung der Produktmärkte erforderlich – ob mit Beschäftigungspakt oder ohne, sei sekundär.

Einen Vertrauensverlust des Euro an den Finanzmärkten, wie er in vielen Pressemeldungen immer wieder kolportiert wird, vermochte Issing nicht zu erkennen. Vielmehr zeige die Entwicklung der langfristigen Zinsen im Euroraum und in den USA, daß es durchaus Vertrauen in die gemeinsame Währung gebe.

In aller Deutlichkeit wies der Redner darauf hin, daß das wichtigste Ziel der EZB die Erhaltung der Preisniveaustabilität sei. Hier könnten bei einer anhaltenden Abwertung Probleme entstehen, denn natürlich würde sich diese früher oder später in den Preisen niederschlagen. Analysen der EZB hätten aber ergeben, daß letzteres langsamer geschehe

In dieser Ausgabe

ZEW Wirtschaftsforum 1999	1
Mobilität nach der Berufsausbildung ...	4
Gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassungen in Rheinland-Pfalz	5
ZEW-TransportmarktBarometer	6
ZEW-Summer School	7
Fiskalwettbewerb und Föderalismus in Europa	8
Active Labour Market Policies in Europe	9
Innovationsorientierte Umweltpolitik ..	10
Termine	6, 10
ZEW-Intern, Neuerscheinungen	3
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

ZEW Wirtschaftsforum 1999

als früher in den nationalen Währungsräumen. Sollten sich Gefahren für die Preisstabilität ergeben, müsse die EZB ihre bisherige Strategie überdenken, wobei kurzfristige Entwicklungen eine solche Entscheidung aber nicht bestimmen würden.

Issing mahnte bei vorschnellen Urteilen zum Euro zur Vorsicht. Die neue Währung sei jetzt gerade etwas über fünf Monate alt, und trotz der Kompliziertheit des Wirtschaftsraums liefen die Dinge ganz normal. So gehöre es zu seinen positiven Erfahrungen, wie schnell es im EZB-Rat gelungen sei, in der Dimension dieses neuen Währungsraums zu denken. Nationale Argumente hätten dort auch nichts verloren. Er warne davor, den Willen der EZB, die Preisstabilität zu verteidigen, zu unterschätzen. „Wir werden alles tun, um den Euro zu einer stabilen internationalen Währung zu machen.“

Van Miert: Wettbewerbspolitik

Neben einer gesunden Währung, das zeigten die anschließenden Ausführungen von EU-Kommissar Karel Van Miert, ist eine vernünftige Wettbewerbspolitik eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß Dynamik, Wachstum und Innovation möglich sind und europäische Unternehmen im weltweiten Wettbewerb erfolgreich mithalten können. „Protektionismus war noch nie ein guter Ratgeber“, unterstrich Van Miert, „denn er verursacht Trägheit, verschleppt den Strukturwandel und schädigt Verbraucher und Steuerzahler.“

Der Euro erleichtere es insbesondere Finanzdienstleistern sowie Unternehmen mit bisher rein nationalem Vertriebsnetz, sich über den ganzen Euroraum auszudehnen. Mit einem Anstieg der Fusionen und Übernahmen sei daher für die Zukunft zu rechnen. Auch werde es sicherlich Versuche geben, die größere Preistransparenz im Euroraum durch entsprechende Preisabsprachen zu unterlaufen. Doch nicht nur in Europa, sondern auch global nehme die Verflechtung der Wirtschaft weiter zu, mit entsprechenden Risiken für den Wettbewerb. Es sei daher wichtig, von Seiten der Politik sowohl für den europäischen

Binnenmarkt als auch international für stabile Rahmenbedingungen zu sorgen und ein wettbewerbliches „fair play“ zu garantieren. Dazu sei auf lange Sicht eine internationale Kooperation in der Wettbewerbspolitik unverzichtbar. Zwar sei ein Weltkartellamt noch absolute Zu-

tiven im europäischen Binnenmarkt. Schubert plädierte dafür, sich in Europa nicht zu stark von temporären Entwicklungen leiten zu lassen. Notwendig sei vielmehr eine langfristige, klar konturierte Wirtschaftspolitik, um Wachstums- und Beschäftigungsprobleme zu



L. Schubert, Dr. E. Leibing, Prof. Dr. W. Franz und Dr. M. Heise in der Podiumsdiskussion

kunftsmusik, doch schon jetzt spiele etwa die bilaterale Kooperation der EU mit den USA in Wettbewerbsfragen eine weit größere Rolle als in der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Insgesamt habe die Zahl der auf EU-Ebene anhängigen Fälle im Rahmen der Fusions- und Beihilfenkontrolle über die letzten Jahre enorm zugenommen. In den meisten Fällen gebe es auch gar keine Probleme. Hin und wieder müsse allerdings eine Fusion oder staatliche Beihilfe untersagt werden – auch wenn es dann große Debatten oder politischen Gegenwind gebe. „Würden wir davor einknicken, wären die Regeln obsolet und die Stärksten der Arena wären immer die Sieger oder gleicher als gleich.“

Wirtschaftliche Perspektiven des europäischen Binnenmarkts

An die Auftaktreferate schloß sich eine Podiumsdiskussion an. An ihr nahmen teil: Dr. Michael Heise, Chefvolkswirt der DG-Bank, Dr. Eberhard Leibing, Präsident des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg und Ludwig Schubert, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion II der EU-Kommission. Unter der Moderation von ZEW-Präsident Franz diskutierte das Podium mit den Teilnehmern am Wirtschaftsforum über die wirtschaftlichen Perspek-

überwinden. Leibing mahnte an, endlich die in Deutschland erforderlichen strukturellen Reformen beherzt in Angriff zu nehmen. Zwar habe Baden-Württemberg mit einem Wachstum von 3,8 Prozent in 1998 eine gute Leistung erbracht, doch dabei seien nur 10.000 neue Stellen entstanden. Das zeige, daß weitere Anstrengungen nötig seien, um insbesondere das Arbeitsmarktproblem zu lösen. Für Heise muß das Wachstum generell arbeitsintensiver werden, wenn die Arbeitslosigkeit in Europa sinken soll. Die Beschäftigungsschwelle sei ja keine vorgegebene Größe, sondern hänge von den Faktorpreisen und hier insbesondere von der Lohnentwicklung ab, und genau hierüber müsse man im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit unter anderem reden.

Für das zu erwartende Wirtschaftswachstum in Deutschland in diesem Jahr gaben die einzelnen Podiumsteilnehmer Schätzungen ab, die sich zwischen 1,6 und zwei Prozent bewegen.

Aktuelle Forschungsergebnisse des ZEW

Den Abschluß des Wirtschaftsforums bildeten drei Vorträge zu aktuellen Forschungsprojekten des ZEW. Professor Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs (Universität Mannheim und ZEW) stellte den European Tax Analyzer (ETA) vor, ein

ZEW Wirtschaftsforum 1999

Computersimulationsprogramm, mit dem die steuerliche Belastung eines Unternehmens simuliert und international verglichen werden kann. Derzeit umfaßt der ETA die Steuer- und Sozialabgabensysteme in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und den USA einschließlich der steuerlichen Investitionsförderungen.

Ein Softwaretool zur Analyse und Auswahl internationaler Beschaffungs-

märkte präsentierten Dr. Thomas Cleff (ZEW) und Wolfram Fendler (Heidelberger Druckmaschinen AG). Das gemeinsam mit dem ZEW entwickelte Tool ermöglicht es der Einkaufsabteilung des Druckmaschinenherstellers, sich weltweit über die für das Unternehmen geeigneten Lieferanten ohne großen Aufwand und Zeitverlust zu informieren.

Den Abschluß der Veranstaltung bildete ein Vortrag der beiden ZEW-Wis-

senschaftler Dr. Michael Schröder und Robert Dornau, die den ZEW-Finanzmarkttest vorstellten. Die Ergebnisse dieser monatlichen Befragung von rund 350 Finanzexperten werden mit Hilfe eines speziellen statistischen Verfahrens in Prognosewerte umgesetzt, die einen Einblick in die mittelfristige Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten erlauben. ◀

Gunter Grittmann, grittmann@zew.de

ZEW-Intern

ZEW-Alumni gründen „Club der Ehemaligen“

■ Am 11. Juni 1999 fand im Anschluß an das ZEW Wirtschaftsforum zum ersten Mal ein Ehemaligentreffen auf Einladung der ZEW-Geschäftsführung statt. Seit der Gründung des ZEW im Jahr 1991 haben etwa 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Institut verlassen und größtenteils in der Wirtschaft oder an Universitäten ihre berufliche Karriere fortgesetzt.

Erfreulich war, daß die ZEW-Geschäftsführung, Professor Dr. Wolfgang Franz und Ernst-Otto Schulze, sowie der ehemalige wissenschaftliche Geschäftsführer, Professor Dr. Dr. h.c. Heinz König, rund 30 ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum ersten Ehemaligentreffen im ZEW begrüßen konnten.

Als erste Ansprechpartner des „Clubs der Ehemaligen“ wurden Dr. Volker

Marnet-Isslinger und Dr. Christoph Spengel gewählt. Die ZEW-Geschäftsführung sicherte den Ehemaligen zu, daß sie in Zukunft zu ZEW-Veranstaltungen eingeladen werden und auf Wunsch Publikationen des ZEW erhalten können.

Die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beabsichtigen, sich zukünftig jedes Jahr mindestens ein Mal in Verbindung mit dem Wirtschaftsforum zu treffen. ◀

Thomas Kohl, kohl@zew.de



ZEW-Neuerscheinungen

■ Discussion Papers

Stirböck, C.; Heinemann, F.: *Capital Mobility within EMU*, No. 99-19.

Böhringer, C.: *Die Kosten des Klimaschutzes. Eine Interpretationshilfe für die mit quantitativen Wirtschaftsmodellen ermittelten Kostenschätzungen*, No. 99-20.

Franz, W.; Zimmermann, V.: *Mobilität nach der beruflichen Ausbildung: Eine*

empirische Studie für Westdeutschland, No. 99-21.

Büttner, T.: *Regional Stabilization by Fiscal Equalization? Theoretical Considerations and Empirical Evidence from Germany*, No. 99-23.

Zwick, T.: *Innovations Induce Asymmetric Employment Movements*, No. 99-24.

Muysken, J.; Zwick, T.: *Human Capital Creates Insider Power*, No. 99-25.

Konrad, K. A.; Schjelderup, G.: *Fortress Building in Global Tax Competition*, No. 99-26.

■ Dokumentation

Wolf, E.: *Ingenieure und Facharbeiter im Maschinen- und Anlagenbau und sonstigen Branchen – Analyse der sozialdemographischen Struktur und der Tätigkeitsfelder*, No. 99-05.

Mobilität nach der Berufsausbildung

Ob und wie lange Jugendliche nach Abschluß ihrer Lehre weiterhin im Ausbildungsbetrieb arbeiten, ist eine Fragestellung, deren Beantwortung für das Verständnis des Arbeitsmarkts in mehrfacher Hinsicht von Nutzen sein kann. Zum einen liefern Abgänge aus dem Ausbildungsbetrieb ohne anschließendes Beschäftigungsverhältnis einen offenkundigen Beitrag zur Erklärung der Jugendarbeitslosigkeit. Zum anderen tragen sie zur Erklärung der Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen und der Mobilität von Jugendlichen bei.

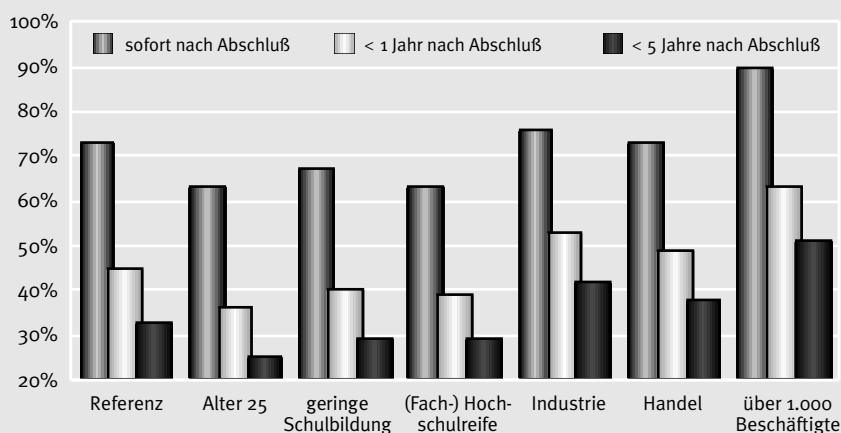
■ Das ZEW untersuchte den Verbleib von Absolventen einer Berufsausbildung im Lehrbetrieb nach Abschluß der Ausbildung in den achtziger und frühen neunziger Jahren (erschieden als Discussion Paper 99-21). Es zeigen sich unterschiedliche Erklärungsfaktoren für den Verbleib unmittelbar nach Ausbildungsabschluß im Ausbildungsbetrieb und für die Dauer der Betriebszugehörigkeit der im Lehrbetrieb verbliebenen Absolventen. Diese Faktoren beziehen sich sowohl auf die Merkmale des Ausbildungsbetriebs und auf die des Auszubildenden als auch auf die gesamtwirtschaftliche Situation.

Nach Abschluß der Ausbildung besteht eine erhebliche betriebliche Mobilität. Rund 30 Prozent der Jugendlichen verlassen ihren Ausbildungsbetrieb direkt nach Abschluß der Ausbildung. Zwei Jahre nach Ausbildungsende arbeitet noch rund die Hälfte der Jugendlichen im Ausbildungsbetrieb, während nach fünf Jahren dies lediglich noch für rund ein Drittel der Jugendlichen zutrifft.

Erhebliche betriebliche Mobilität

Vor allem in Betrieben mit hohen Nettoausbildungskosten finden sich längere Betriebszugehörigkeitsdauern. Dies gilt sowohl für die Betrachtung der Betriebsgröße als auch der Branchenzugehörigkeit. So steigen mit zunehmender Betriebsgröße nicht nur die Ausbildungskosten, sondern auch die Übernahmekosten und die Betriebszugehörigkeitsdauer der Jugendlichen. Im Handwerk verlassen die Absolventen schneller den Lehrbetrieb als in den anderen betrachteten Sektoren. Diese Beobachtung unterstützt die Hypothese, daß diese Betriebe die Investitionen in das Humankapital der Jugendlichen im Anschluß an die Ausbildung zu amortisieren versuchen.

Verbleib von Ausbildungsabsolventen im Lehrbetrieb



Referenzperson definiert als 19,9-jähriger männlicher Ausbildungsabsolvent eines Handwerksbetriebs mit weniger als 5 Beschäftigten mit mittlerem Schulabschluß. Kapitalintensität, Ausbildungs- und Arbeitslosenquote nehmen die Mittelwerte der Stichprobe an.
Quelle: BiBB/IAB-Erhebung, eigene Berechnungen

Des weiteren zeigt die ZEW-Studie die Bereitschaft von Betrieben zur Ausbildung „über Bedarf“. Die erhöhte Ausbildungsbereitschaft Mitte der achtziger Jahre, als die Arbeitsmarktlage für Jugendliche angespannt war, führt jedoch zu geringeren Übernahmekosten der Ausbildungsabsolventen. Dies zeigt, daß die Diskussion der Arbeitsmarktprobleme Jugendlicher nicht auf eine Betrachtung des Ausbildungsstellenmarkts verkürzt werden darf. Gleichzeitig hemmt der Überschuß an Absolventen in dieser Zeit die Mobilität der jungen Fachkräfte, was sich in längeren Betriebszugehörigkeitsdauern bemerkbar macht.

Von den Merkmalen des Ausbildungsabsolventen erweist sich das Alter als bedeutend für den Verbleib im Ausbildungsbetrieb. So scheiden ältere Absolventen schneller aus dem Ausbildungsbetrieb aus. Frauen verlassen den Ausbildungsbetrieb ebenfalls häufiger direkt nach Ausbildungsabschluß als ihre männlichen Kollegen. Verbleiben sie jedoch im Ausbildungsbetrieb, so unterscheiden sich die Abgangsraten zwi-

schen Männern und Frauen nicht. Die Schulbildung erweist sich ebenfalls lediglich für die Übernahmekosten als relevant: Ausbildungsabsolventen mit mittlerer Schulbildung werden am häufigsten übernommen. Das Abgangsverhalten der einmal übernommenen Absolventen unterscheidet sich hingegen nicht nach der schulischen Bildung. Dies deutet auf einen Selektionsprozeß im Anschluß an die Ausbildung hin. Mit steigendem Humankapital der Ausbildungsabsolventen hat ein Betrieb ein zunehmendes Interesse daran, den Jugendlichen zu halten. Parallel dazu steigen jedoch auch die Handlungsoptionen der Jugendlichen, was sich insbesondere bei Absolventen mit (Fach-) Hochschulreife bemerkbar macht. So verlassen nach Ausbildungsabschluß 28 Prozent der Absolventen mit mittlerem Schulabschluß den Ausbildungsbetrieb. Unter den Absolventen mit geringem Schulabschluß gilt dies für 33 Prozent, unter denen mit höherer Schulbildung sogar für mehr als 37 Prozent. ◀

Volker Zimmermann, zimmermann@zew.de

Wirkungen der gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung in Rheinland-Pfalz

Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland haben auch die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie Fortbildung und Umschulung, Lohnzuschüsse und die Förderung gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassung deutlich zugenommen. In diesem Jahr sind 41 Mrd. Mark von der Bundesanstalt für Arbeit (Gesamtetat: 105,2 Mrd. Mark) für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik vorgesehen. Angesichts enger öffentlicher Haushalte wird nun allerdings in Öffentlichkeit und Wissenschaft zunehmend die Frage nach der Wirksamkeit der Maßnahmen und der Effizienz des Mitteleinsatzes zur Reduktion der Arbeitslosigkeit gestellt.

■ Für eine Analyse der Effizienz von Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist es wichtig, den ursächlichen Beitrag einer Maßnahme zur Wiedereingliederung eines Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zu bestimmen. Dazu reicht es in der Regel nicht aus zu wissen, wie viele Arbeitslose nach Durchlaufen eines speziellen Programms wieder Beschäftigung finden. Vielmehr ist die wesentlich aufwendiger zu ermittelnde Größe relevant, wie viele der arbeitslosen Personen ohne Teilnahme an einem Förderprogramm nicht wieder in Beschäftigung gekommen wären. Neben der (beobachtbaren) Bruttowiedereingliederungsquote ist demnach auch die (nicht beobachtbare) Nettowiedereingliederungsquote wichtig, um die Wirksamkeit von Förderprogrammen abzuschätzen.

Geeignete Vergleichsgruppen

Daß sich die Brutto- und die Nettowiedereingliederungsquote erheblich unterscheiden können, zeigt die Studie „Wirkungen gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassung in Rheinland-Pfalz“, die am ZEW im Auftrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) in Nürnberg und des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz erstellt wurde. Wesentliches Ziel des ZEW-Gutachtens war es, den (Netto-)Wiedereingliederungseffekt von Arbeitslosen durch die Gesellschaften der gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung abzuschätzen, die im Landesarbeitsamtsbezirk Rheinland-Pfalz/Saarland gefördert werden. Zu diesem Zweck wurde erstmals eine Kontroll-

Wiedereingliederungsquoten und Beschäftigungsdauer				
Im Monat x nach d. Maßn.	Leiharbeitnehmer (in %)	Kontrollgruppe (in %)	Nettoeffekt (in %)	Nettoeffekt Dauer (Monate)
3	28,1	14,6	13,5	0,4
4	26,4	12,5	13,9	0,55
5	28,9	15,8	13,2	0,6

Quelle: Lechner, M., F. Pfeiffer, H. Spengler und M. Almus (1999) „The Impact of Non-profit Temping Agencies on Individual Labour Market Success in the West German State of Rhineland-Palatinate“, St. Galler Diskussionspapiere Nr. 99-02.

gruppe von Arbeitslosen, die nicht als Leiharbeitnehmer in einer Überlassungsgesellschaft tätig waren, mit den von der Bundesanstalt für Arbeit bereitgestellten Abzügen aus der Datei der computerunterstützten Arbeitsvermittlung („coArb“) bestimmt. Mit modernen mikroökonomischen Verfahren wurden aus dem Pool aller gemeldeten Arbeitslosen Personen herausgesucht, die sich hinsichtlich ihrer Erwerbsgeschichte, ihrem Lebensumfeld und ihren soziodemographischen Merkmalen nicht von den Arbeitslosen unterschieden, die als Leiharbeitnehmer in einer Überlassungsgesellschaft tätig waren. Der Maßnahmeeffekt konnte dann aus dem Vergleich der weiteren Erwerbsgeschichte der Leiharbeitnehmer und der Kontrollgruppe ermittelt werden.

Erfolgreiche Reintegration von Arbeitslosen

Der Vergleich des Wiedereingliederungserfolgs zeigt Unterschiede zwischen Leiharbeitnehmern und Kontrollgruppe auf. Fünf Monate nach Ende des Aufenthalts in der Gesellschaft weisen die Leiharbeitnehmer im Vergleich zu Arbeitslosen der Kontrollgruppe eine bis

zu 13 Prozentpunkte bessere Wiedereingliederungsquote auf. Ferner sind sie in den ersten fünf Monaten etwas mehr als einen halben Monat länger beschäftigt. Während beispielsweise nach Verlassen der Gesellschaften 28,9 Prozent der Leiharbeitnehmer im ersten Arbeitsmarkt tätig sind, sind es in der Kontrollgruppe nur 15,8 Prozent. Die gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung hatte somit trotz einer niedrigen Bruttowiedereingliederungsquote – im Vergleich: für Teilnehmer an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen werden Bruttowiedereingliederungsquoten von 46,5 Prozent gemessen – auch netto einen, wenngleich bescheidenen, Erfolg bei der Reintegration von Problemgruppen in den ersten Arbeitsmarkt.

Auf der methodischen Ebene zeigt die Studie, daß die noch vergleichsweise wenig verbreiteten nicht-parametrischen mikroökonomischen Methoden in Verbindung mit einer hohen Datenqualität, die insbesondere durch eine präzise Modellierung der Erwerbsgeschichte in der coArb zustande gekommen ist, wertvolle Einsichten in die Wirksamkeit von Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik vermitteln können. ◀

Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Aussichten des Kombinierten Verkehrs

Bereits seit einem Jahr befragen die Prognos AG, Basel, und das ZEW, Mannheim, einen festen Kreis von rund 150 Experten aus der Verladerschaft und der Transportwirtschaft nach Ihrer Einschätzung zur Entwicklung der Transportmengen und -preise in sechs Transportmarktsegmenten. Dieses Informationsinstrument, mit Unterstützung von German Parcel entwickelt, wird viermal im Jahr erhoben und stellt eine Art Konjunktur-Barometer für die gesamte deutsche Transportwirtschaft dar.

■ Die neueste Erhebungsrunde, die von Mitte Mai bis Anfang Juni durchgeführt wurde, ergab bezüglich der Transportmengen einen zunehmenden Optimismus für den innerdeutschen LKW-Verkehr und für die Luftfrachtmengen. Für den Schienengüterverkehr und die Binnenschifffahrt hingegen herrschten gedämpfte Erwartungen vor. Die größten Wachstumsperspektiven werden, wie schon bei den letzten Befragungen, den Kurier-Express- und Paketdiensten zugesprochen.

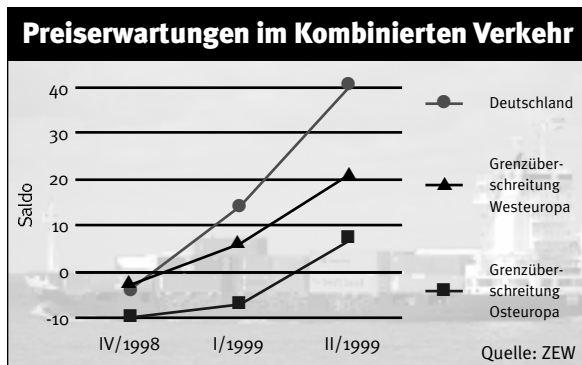
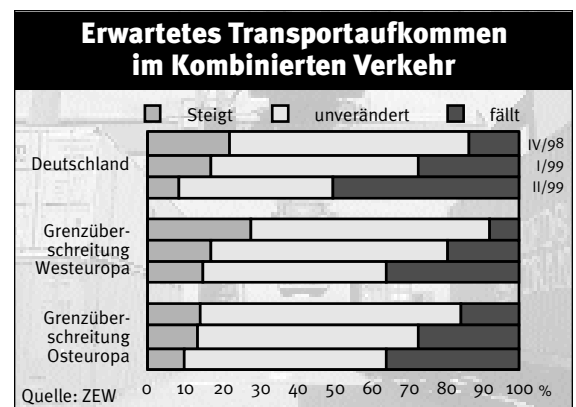
Der Kombinierte Verkehr, Hoffnungsträger der Verkehrspolitik in Deutschland und Europa, hat nach Einschätzung

der Experten zumindest kurzfristig keine guten Perspektiven. So erwarten im zweiten Quartal 1999 nur noch zehn bis 15 Prozent steigende Transportvolumina (siehe Abbildung rechts). Allerdings rechnen jeweils 35 Prozent der befragten Experten bei den internationalen Verkehren mit sinkenden Transportaufkommen. Im Binnenverkehr liegt diese Zahl sogar bei 50 Prozent. Dies ist sicherlich Ausdruck der sich momentan verhärtenden Diskussion über Trassenpreise, Traktions- und Beförderungskosten, die Kombinierte Verkehre offenbar zunehmend unattraktiv erscheinen lassen.

In der Abbildung links ist die Entwicklung der Transportpreise im Kombinierten Verkehr dargestellt, da in diesem Markt die Veränderungen sehr signifikant sind. Der Kreis der Exper-

ten, die mit steigenden Preisen im Kombinierten Verkehr rechnen, nimmt kontinuierlich zu und hat im Binnenverkehr fast die 50-Prozentmarke erreicht. Die öffentliche Diskussion über die mangelnde Rentabilität Kombinierte Verkehre zeigt also ihre Wirkung: Man erwartet Preissteigerungen, die die Konkurrenzfähigkeit des Kombinierten Verkehrs weiter reduzieren, und entsprechend schlecht sind auch die Mengenerwartungen. Der Kombinierte Verkehr scheint sich in einer Abwärts-spirale zu befinden.

Sigurd Weinreich, weinreich@zew.de



Termine

■ ZEW-Konferenz: Flexible Mechanisms for an Efficient Climate Policy

Internationale Konferenz am 27./28.07.1999 im Haus der Wirtschaft in Stuttgart
 Veranstalter: ZEW und Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg

Das im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen 1997 in Kioto verabschiedete Protokoll legt verbindliche Reduktionsziele für die Industriestaaten und einige Transformationsländer hinsichtlich des Ausstoßes der sechs wichtigsten Treibhausgase fest. Weiterhin sieht es Regelungen für Emissionsrechtehandel, Joint Implementation und Clean Development Mechanism vor, die den Ländern eine gewisse Flexibilität bei der Zielerreichung ermöglichen. Während sich auf internationaler Ebene der Rahmen für einen Emissionsrechtehandel immer deutlicher abzeichnet, sind auf nationaler und europäischer Ebene noch keine Konturen erkennbar. Mit der Konferenz sollen Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit über die Vorteile und Potentiale einer kosteneffizienten Klimapolitik informiert werden. Außerdem bietet sie ein Forum für wissenschaftliche Diskussionen zwischen Ökonomen und Juristen.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.zew.de/flex_mech/frameset.html

Ansprechpartner: Marcus Stronzik, Telefon 0621/1235-203, Fax 0621/1235-226, E-Mail stronzik@zew.de

ZEW-Summer School „Empirical Labour and Industrial Economics“

■ Erstmals veranstaltete das ZEW Anfang Juni eine viertägige Summer School zu dem Thema „Empirical Labour and Industrial Economics“. Ihr Ziel war es, den 20 eingeladenen Doktoranden aus Deutschland, Italien, der Schweiz, Österreich, Spanien und den USA die Gelegenheit zu geben, eigene Arbeiten untereinander und mit namhaften Wissenschaftlern zu diskutieren.

Zum Auftakt des Workshops hielt **Stephen Nickell**, University of Oxford, einen Vortrag über den Einfluß von Monopolmacht auf Arbeits- und Gütermärkten auf die Beschäftigung und die Lohnstruktur. Sein Überblick über die bisherigen Forschungsergebnisse zeigte, daß monopolistische Unternehmen ihre Mitarbeiter teilweise an den Monopolgewinnen teilhaben lassen. Unklar ist jedoch, ob dieses Verhalten in erster Linie durch die Gewerkschaften erzwungen wird. Weiterhin besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß sich eine monopolistische Marktstruktur negativ auf die Produktivität auswirkt.

Aktuelle Entwicklungen

In seinem Vortrag untersuchte ZEW-Präsident **Wolfgang Franz** den Einfluß von technischem Fortschritt, Globalisierung und EWU auf die Lohnstruktur in Deutschland. Er kam zu dem Schluß, daß eine Europäisierung der deutschen Lohnpolitik nicht angebracht sei, bei der Lohnfindung aber die Lohnpolitik der übrigen Staaten der EWU beachtet werden müßte, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten. Vor allem bei gering Qualifizierten habe es in den vergangenen Jahren als Folge der fortschreitenden Globalisierung und des technischen Fortschritts erhebliche Arbeitsplatzverluste gegeben. Durch eine Flexibilisierung der Lohnstruktur bei den gering Qualifizierten könne sich die Arbeitsmarktposition dieser Qualifikationsgruppe möglicherweise verbessern.

François Laisney, ZEW und Universität Louis Pasteur, Straßburg, stellte neuere Entwicklungen auf dem Gebiet des Arbeitsangebots im Haushaltskontext vor.

Mit Hilfe des „collective approach“ können Aussagen über die Wohlfahrtseffekte innerhalb eines Haushalts abgeleitet werden. Im Rahmen dieses Ansatzes kann u.a. berücksichtigt werden, daß die Individuen ihre Zeit auch für die Produktion von Haushaltsgütern, die teilweise auf dem Markt gekauft werden können, einsetzen können. Die wenigen empirischen Analysen auf Basis dieses

modell auf die Realität übertragen werden kann. Das Problem dieser Modelle liegt darin, daß sie in der Regel kaum empirisch überprüfbar sind. Mit einigen Einschränkungen gelingt Rölller dies jedoch für den Fall der Luftfahrtindustrie. Er zeigt dabei, daß es den Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen eher um Angleichungen bei den Löhnen als um Effizienzgesichtspunkte geht.



Teilnehmer der ZEW-Summer School

Ansatzes weisen zum Teil darauf hin, daß die traditionellen Modelle auf zu restriktiven Annahmen basieren. Für die Bundesrepublik existiert bislang noch keine empirische Anwendung dieses neuen Familienarbeitsangebotsmodells.

Einer zentralen industrieökonomischen Frage widmete sich **David B. Audretsch**, Indiana University, Bloomington, in seinem Vortrag: Warum gibt es in vielen Volkswirtschaften so viele kleine und so wenige große Firmen? Die mindestoptimale Firmengröße liege in den meisten Industrien deutlich über den Firmengrößen, die dort tatsächlich beobachtet werden. Audretsch erklärt dies mit einem evolutorischen Ansatz. Neue Firmen träten in den Markt ein und ersetzen die Firmen, die weit von ihrer optimalen Firmengröße entfernt seien und nur geringe Überlebenschancen hätten. Es komme daher zu einer ständigen Durchmischung von neuen und älteren Unternehmen. Keineswegs, so Audretsch, befänden sich immer dieselben Firmen am unteren Ende der Firmengrößenverteilung.

Lars-Hendrik Rölller, WZB, zeigte anhand eines speziellen Markts, wie ein spieltheoretisches Lohnverhandlungs-

Badi Baltagi, University of Texas, Houston, gab in seinem Vortrag einen Überblick über Themen der Panelökometrie. Aufgrund der Vielzahl von Anwendungsmöglichkeiten von panelökometrischen Verfahren auf ökonomische Fragestellungen bot dieser Vortrag einen direkten Anknüpfungspunkt zu den Arbeiten der Doktoranden.

Einige der Nachwuchswissenschaftler befaßten sich in ihrem Vortrag mit der regionalen Lohnstruktur, der Lohnrigidität sowie den Lohndifferenzialen zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten. Darüber hinaus untersuchten die Doktoranden das strategische Arbeitsangebotsverhalten von Frauen und die Wirksamkeit von aktiver Arbeitsmarktpolitik. Die industrieökonomischen Beiträge beschäftigten sich u.a. mit den Auswirkungen des technologischen Wandels und der Globalisierung und der Frage nach der ungleichen Verteilung der Betriebsgrößen. Weiterhin wurden Studien über die Entwicklung der Produktivität und den Zusammenhang zwischen Produktivität und Beschäftigungsentwicklung präsentiert. ◀

Elke Wolf, wolf@zew.de
Ulrich Kaiser, kaiser@zew.de

Fiskalwettbewerb und Föderalismus in Europa

■ Vom 2. bis 3. Juni 1999 diskutierten am ZEW Wissenschaftler aus sieben Ländern Forschungsergebnisse zu den Konsequenzen wirtschaftlicher Integration für die öffentliche Finanzwirtschaft.

Hauptreferate

Wallace Oates, University of Maryland, wies auf die Vorteile einer dezentralen Ausgestaltung des öffentlichen Sektors hin. Es gebe zwar in der Realität Koordinationsbedarf im Bereich der Umverteilungs- und Stabilisierungspolitik. Gerade im Hinblick auf die Gestaltung der Finanzpolitik in Europa käme es aber darauf an, den Wettbewerb zwischen den Staaten lebendig zu halten, auch um das weitere Vordringen des Staates in den privaten Sektor zu begrenzen.

David Wildasin, Vanderbilt University, konzentrierte sich auf die Konsequenzen

der zunehmenden Faktormobilität in Europa. Zwar verhinderten zahlreiche Anpassungsprobleme schnelle Reaktionen auf Unterschiede in der Finanzpolitik einzelner Länder. Das Ausmaß der Mobilität hänge aber wesentlich vom Zeithorizont der Betrachtung ab. So könnte eine Besteuerung kurzfristig immobilier Faktoren zwar heute von Vorteil, langfristig aber nachteilig für die Wohnsitzbevölkerung sein, wenn die Faktoren vom Standort abwanderten.

Robert Inman, University of Pennsylvania, präsentierte das Modell einer offenen Stadt mit mobilen Firmen und Haushalten, die sich über lokale Einkommen-, Vermögen- und Umsatzsteuern finanziert. In einer empirischen Analyse einiger Städte in den USA überprüfte er, inwieweit sie den Spielraum zur Finanzierung durch lokale Steuern ausschöpfen. Es zeigte sich, daß ein Teil

der Städte ihre Steuersätze deutlich unterhalb des Niveaus setzt, bei dem das Steueraufkommen maximiert wird.

Abschließend plädierte **Alan Auerbach**, University of California, Berkeley, für die dynamische Betrachtung der Auswirkungen der Mobilität für die Finanzpolitik. Er zeigte mit der Methode des „Generational Accounting“, daß die Konsequenzen der Einwanderung in die USA für die fiskalische Belastung der zukünftigen Generationen vom Kurs der Finanzpolitik abhängt. Bei unsolider Finanzpolitik profitierten zukünftige Generationen, weil ein Teil der Lasten von den Einwanderern getragen werde.

Die Beiträge zur Konferenz erscheinen als ZEW Discussion Papers, Reihe PF. Das Programm ist verfügbar unter: <http://www.zew.de/fcomp.html>

Dr. Thiess Büttner, buettner@zew.de
PD Dr. Robert Schwager, schwager@zew.de

Referate im offenen Teil der Konferenz

Katherine Baicker, Dartmouth College, untersuchte die Reaktion der US-Staaten auf Ausgabeverpflichtungen durch den Bund und zeigte, daß zunehmende Verpflichtungen zu Kürzungen in verwandten Ausgabenbereichen führen.

Massimo Bordignon, Università Cattolica, Milano, untersuchte die Rolle von Sezessionsklauseln in föderalen Verfassungen. Solche Klauseln vermieden Kriege, erhöhten aber die Gefahr des Auseinanderbrechens von Föderationen.

Thiess Büttner, ZEW, zeigte für die Gewerbesteuer, daß trotz kommunalen Steuerwettbewerbs Spielraum in der lokalen Besteuerung besteht, den die Kommunen zum Ausgleich fiskalischer Beschränkungen nutzen.

Richard Cornes, Keele University, analysierte den vertikalen Finanzausgleich bei unvollständiger Information. Er zeigte, daß sich hier sowohl eine Unter- als auch eine Überversorgung mit lokalen öffentlichen Gütern ergeben kann.

Lars Feld und **Gebhard Kirchgässner**, Universität St. Gallen, untersuchten den Steuerwettbewerb in der Schweiz. Sie zeigten, daß höhere lokale Einkommenssteuersätze mit einem deutlich niedrigeren Bevölkerungsanteil von Beziehern hoher Einkommen einhergehen.

Bernd Genser, Universität Konstanz, gab einen Überblick über die Unternehmensbesteuerung in Europa und sprach sich für begrenzte Koordinierungsmaßnahmen bei der Besteuerung multinationaler Unternehmen aus.

Timothy Goodspeed, CU New York, präsentierte eine Analyse der Beziehungen zwischen horizontalem und vertikalem Steuerwettbewerb für OECD-Staaten.

Bernd Huber, Universität München, zeigte, daß internationale Harmonisierung zwar einen ruinösen Steuersenkungswettbewerb verhindern kann, aber auch die Möglichkeit der Ausbeutung von Minderheiten durch Mehrheiten vergrößert.

Kersten Kellermann, Universität Zürich, präsentierte eine Studie der öffentlichen Investitionen in Deutschland, die ein effizienteres Investitionsverhalten der Kommunen verglichen mit Ländern und Bund nahelegt.

Kai Konrad, FU Berlin, analysierte eine Situation, in der die internationale Harmonisierung der Kapitalbesteuerung Vorteile bringt. Er zeigte, daß Harmonisierung dann auch für Teilgruppen von Ländern vorteilhaft ist.

Stuart Landon, University of Alberta, untersuchte anhand des Rating der Anleihen der Provinzen und des Zentralstaats in Kanada, ob das Verschuldungsverhalten einzelner Gebietskörperschaften Spillovereffekte erzeugt.

Panu Poutvaara, University of Helsinki, betrachtete die Auswirkung des fiskalischen Wettbewerbs auf die Entscheidung, in unsichere Ausbildung zu investieren.

Felix Oberholzer-Gee, University of Pennsylvania, belegte die These, daß bei stark unterschiedlichen lokalen Präferenzen eher dezentrale Lösungen gewählt werden, anhand der Alkoholpolitik in den USA.

Luz Saavedra, University of South Florida, präsentierte eine Analyse des Wettbewerbs bei Wohlfahrtsausgaben in den USA und zeigte, daß Staaten auf Kürzungen in den Wohlfahrtsausgaben anderer Staaten ebenfalls mit Kürzungen reagieren.

Emilson Silva, University of Oregon, zeigte, daß die Aussicht auf vertikale Zuweisungen zu einem effizienten dezentralen Angebot öffentlicher Güter führt, auch wenn deren Nutzen nicht auf das Land beschränkt bleibt, das sie bezahlt.

Hans-Werner Sinn, CES und IFO, befaßte sich mit der Wettbewerbspolitik im Kontext der Globalisierung. Er zeigte die Möglichkeit eines Deregulierungswettlaufs, in dem die einzelnen Staaten ihre Wettbewerbspolitik zugunsten von Vorteilen auf dem internationalen Markt aufgeben.

Albert Solé Ollé, Universität de Barcelona, betrachtete den vertikalen Steuerwettbewerb und belegte anhand der Einkommenssteuersätze in den USA entsprechende Interdependenzen der bundes- und einzelstaatlichen Steuerpolitik.

Andreas Wagener, Uni-GH Siegen, zeigte, daß konkurrierende Regierungen auf dem Arbeitsmarkt die Rolle von Zwischenhändlern übernehmen, indem sie mit Investitionssubventionen Arbeitsplätze „kaufen“.

Alfons Weichenrieder, CES, zeigte, daß Regierungen die Auftragsvergabe an heimische Firmen als Substitut zum Steuerwettbewerb nutzen könnten.

Econometric Evaluation of Active Labour Market Policies in Europe

■ Am 25. und 26. Juni 1999 veranstaltete das ZEW eine Konferenz zum Thema „Econometric Evaluation of Active Labour Market Policies in Europe“, in der Arbeitsmarktforscher aus Europa und den USA die Ergebnisse ihrer Studien zur Wirksamkeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Europa diskutierten (das Programm der Konferenz kann unter www.zew.eval.de eingesehen werden).



Prof. James J. Heckman

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Europa wird von Regierungen zunehmend auf aktive Arbeitsmarktpolitik zurückgegriffen mit dem Ziel, Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu reintegrieren. Die Ausgaben für solche Maßnahmen sind in den letzten Jahren in beinahe allen Ländern gestiegen, und die Maßnahmenvielfalt hat zugenommen. Sind die Maßnahmen erfolgreich, finden Arbeitslose wieder Beschäftigung, und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Angesichts der Haushaltsprobleme in fast allen Ländern und aufkommenden Zweifeln an der Wirksamkeit hat sich die Notwendigkeit eines effizienten Einsatzes dieser Instrumente verstärkt. Vor diesem Hintergrund besteht für die Politik und die Wissenschaft die Herausforderung darin, Datensätze und Informationssysteme aufzubauen, die geeignet sind, die Wirksamkeit der Maßnahmen sowie unerwünschte Nebenwirkungen abzuschätzen. Bei der Bewältigung dieser Herausforderung haben die Länder Europas Nachholbedarf.

Ziel einer solchen systematischen Evaluation wäre es, den Regierungen empirisch fundierte Hinweise zu geben,

wie die staatlichen Mittel effizienter eingesetzt werden können, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Damit könnten auch Sozialpolitik und aktive Arbeitsmarktpolitik schärfer unterschieden werden, deren Ziele und Mittel häufig vermischt werden und damit Ineffizienzen verstärken. Aktive Arbeitsmarktpolitik sollte nicht als (verstecktes) Mittel der Sozialpolitik umfunktioniert werden oder mit dieser in Konkurrenz treten.

Die Konferenz wurde vom ZEW in Zusammenarbeit mit Prof. Michael Lechner von der Universität St. Gallen organisiert. Sie startete mit einem Referat von Prof. **James J. Heckman**, Universität Chicago, der ein differenziertes, aber auch ernüchterndes Fazit aus 30 Jahren sozialwissenschaftlicher Auseinandersetzung mit der Wirksamkeit aktiver Arbeitsmarktpolitik in modernen Wohlfahrtsstaaten zog. Im weiteren Verlauf wurden 14 Evaluationsstudien präsentiert, u.a. zur Wirksamkeit von Programmen der Fort- und Weiterbildung (Polen, Belgien, Slowakei, Großbritannien, USA), von Beschäftigungsprogrammen für Jugendliche (Frankreich), von beruflichen Rehabilitationsprogrammen (Norwegen, Schweden), von gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassung (Deutschland), von „paid leave“ Programmen (Dänemark) und von Förderprogrammen für arbeitslose Existenzgründer (Italien). Neben konkreten inhaltlichen Ergebnissen wurden Fragen der adäquaten wissenschaftlichen Methode zur Evaluation, der Qualität der Datenbasis, Möglichkeiten zur Prognose der Wirksamkeit sowie zu Mitnahmeeffekten diskutiert.

Kaum Beschäftigungseffekte

Die Studien für die Länder Europas zeigen zwar eine beträchtliche Heterogenität bei den Instrumenten und deren Abschneiden. Insgesamt bestätigen sie allerdings auch die Ergebnisse der US-amerikanischen Forschung. Die durchaus vorhandenen positiven Effekte sind in ihrem Ausmaß eher bescheiden, und sie lassen sich in aller Regel nur für eine jeweils relativ kleine Minderheit von Ar-

beitslosen nachweisen. Vielfach wären sogar mit einer massiven weiteren Ausweitung der Maßnahmen, die notwendig wäre, um die Massenarbeitslosigkeit spürbar zu verringern, aufgrund der einsetzenden unerwünschten Nebenwirkungen auf die bereits Beschäftigten eher negative Effekte zu erwarten. Das deutet darauf hin, daß der gesellschaftliche Nettonutzen der aktiven Arbeitsmarktpolitik niedriger ist als vielfach von Regierungen angenommen. Diese Aussage trifft nicht im gleichen Ausmaß für die Länder des ehemaligen Ostblocks zu, die sich auf dem Weg zur Marktwirtschaft befinden.

Aus wissenschaftlicher und methodischer Sicht wurde darauf hingewiesen, daß die Güte einer ökonometrischen Evaluation in hohem Maße von der Qualität der Datenbasis abhängt und daß es hier starken Nachholbedarf gebe. Den bedeutenden methodischen Fortschritten der vergangenen Jahre stehe leider noch keine entsprechend verbesserte Datenbasis zur Verfügung. ◀

Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Referenten und Korreferenten

- Arild Aakvik, University of Bergen, Norwegen
- Karsten Albæk, University of Copenhagen, Dänemark
- Joshua D. Angrist, MIT Cambridge, USA
- Kenneth Carling, Office for Labour Market Policy Evaluation, Schweden
- Bart Cockx, Université Catholique de Louvain, Belgien
- Rajeev H. Dehejia, Columbia University, USA
- Martin Eichler, SIAW, Schweiz
- Bernd Fitzenberger, Universität Dresden
- Denis Fougère, CREST, Frankreich
- James J. Heckman, University of Chicago, USA
- Almas Heshmati, Stockholm School of Economics, Schweden
- Guido W. Imbens, UCLA, USA
- Michael Lechner, SIAW, Schweiz
- Costas Meghir, IFS, Großbritannien
- Julie H. Mortimer, UCLA, USA
- Friedhelm Pfeiffer, ZEW
- Winfried Pohlmeier, Universität Konstanz
- Patrick A. Puhani, ZEW
- Enrico Rettore, University of Padova, Italien
- Jeffrey A. Smith, University of Western Ontario, Kanada
- Hannes Spengler, ZEW
- Jan C. van Ours, CENTER, Niederlande

Internationale Konferenz zu Umweltpolitik und Innovation in Potsdam

■ Mit der Frage, wie Umweltregulierung innovationsfreundlich gestaltet werden kann, befaßte sich eine Konferenz, die vom 27. bis 29. Mai 1999 in Potsdam stattfand. 55 Wissenschaftler aus Europa und den USA diskutierten auf Einladung der EU-Kommission und des Bundesforschungsministeriums aktuelle Forschungsergebnisse. Die Konferenz zählte zu den offiziellen Veranstaltungen der EU-Kommission unter deutscher Ratspräsidentschaft. Die Konferenz wurde vom Institute for Prospective Technological Studies (IPTS) der EU-Kommission gemeinsam mit dem ZEW und dem Maastricht Economic Research Institute on Innovation and Technology (MERIT) organisiert.

In seinem Eröffnungsvortrag fragte **Robert U. Ayres**, INSEAD, wie denn der Gegensatz aufgelöst werden könne, daß die moderne Gesellschaft zum einen ein Höchstmaß an sauberer Umwelt wünsche, zum anderen aber auch ein beachtliches jährliches Wirtschaftswachstum benötige, um ihre sozialen Sicherungssysteme funktionsfähig halten und den hohen Lebensstandard der Menschen sichern zu können. Die Antwort könne nur lauten, daß in die dem Wirtschaftswachstum förderlichen technologischen, organisatorischen und sozialen Innovationsprozesse Aspekte eines nachhaltigen Wirtschaftens und eines schonenden Umgangs mit der Umwelt eingebracht werden müssen.

Voraussetzung dafür, daß sich umweltschonende Technologien bei Innovationsprozessen durchsetzen, ist für **Candice Stevens** von der OECD, daß Märkte und Verbraucher die Unternehmen mit einer entsprechenden Nachfrage beloh-

nen, die bei ihren Produkten, Produktionsprozessen oder Dienstleistungen Umwelt- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten Rechnung tragen. Studien zeigen indessen, daß eine solche Belohnung bisher nur in geringem Maße erfolge.

Stevens Feststellung, daß die Verbraucher umweltorientierte Innovationen der Unternehmen stärker belohnen müßten, zielt auf Akteure im Rahmen des Wechselspiels von Umwelt und Innovation, die auch **Faye Duchin** vom Rensselaer Polytechnic Institute, Troy (New York), künftig stärker ins Spiel bringen möchte: die Haushalte. Sie könnten, wenn sie bei ihren Verbrauchsgewohnheiten Umweltbelange stärker berücksichtigten, auch die Unternehmen in diesem Sinne beeinflussen.

Umweltpolitische Instrumente

Bisher wird vor allem über Umweltregulierungen versucht, auf die Unternehmen einzuwirken. Dabei wird immer wieder gefragt, mit welchem der umweltpolitischen Instrumente (gesetzliche Maßnahmen, Gebühren, freiwillige Selbstverpflichtung, Zertifikate u.ä.) am ehesten zu erreichen ist, daß Innovationsprozesse umweltorientiert verlaufen. Mit Bezug auf ebendiese Fragestellung zeigen Untersuchungen von **Jens Hemmelskamp** vom Joint Research Center des IPTS in Sevilla, daß es einen generellen Vorteil eines Instruments gegenüber den anderen nicht gibt. Vielmehr sei von Fall zu Fall zu prüfen, durch welches Instrument die besten Ergebnisse zu erwarten seien.

Anhand der Auswertung einer Zusatzbefragung zum Mannheimer Innovationspanel zeigte **Klaus Rennings** vom

ZEW, daß „weiche“ umweltpolitische Instrumente wie freiwillige Umwelt-Audits vor allem bei Unternehmen Wirkung zeigen, die ohnehin umweltorientiert sind. Für die Ausbreitung von umweltfreundlichen Innovationen über die gesamte Wirtschaft seien dagegen „härtere“ umweltpolitische Maßnahmen wie Ordnungsrecht und Umweltabgaben nötig.

Anhand einer Reihe von Fallbeispielen wurde im weiteren Verlauf der Konferenz analysiert, inwieweit und auf welche Weise Umweltregulierung in bestimmten Branchen zu Innovationen beigetragen hat. **Jürgen Blazejczak** vom DIW referierte über eine internationale Studie zur Papierindustrie, **Vicki Norberg-Bohm** vom MIT zeichnete die Entwicklung der amerikanischen Technologiepolitik der letzten 30 Jahre auf dem Energiesektor nach, und **Roberto Zoboli** vom Istituto di Ricerca sulla Dinamica di Sistemi Economici, Mailand, analysierte die Wirkung von Umweltregulierungen am Beispiel der Altautoentsorgung in Europa.

Die Fallstudien verdeutlichten die Schwierigkeiten einer erfolgreichen umweltorientierten Innovationspolitik. Dies liegt für **Martin Jänicke** von der FU Berlin vor allem daran, daß die Regierung nur einer der Akteure im Innovationsprozeß ist. Ein Modell zur ökologischen Modernisierung müsse deshalb den politischen Prozeß auf unterschiedliche Zielgruppen ausrichten. Vor allem eine strategisch angelegte Umweltpolitik, die sich in langfristigen Umweltplänen niederschlägt, ist laut Jänicke innovationsfördernd. Denn Unternehmen brauchen für ihre Investitions- und Innovationsentscheidungen glaubwürdige, klare Zukunftssignale. ◀

Gunter Grittmann, grittmann@zew.de

Termine

■ Expertenseminare:

Internationalisierung der Rechnungslegung, 8. Juli 1999, ZEW-Gebäude

Quality Function Deployment (QFD) und Wertanalyse, 13. Juli 1999, ZEW-Gebäude

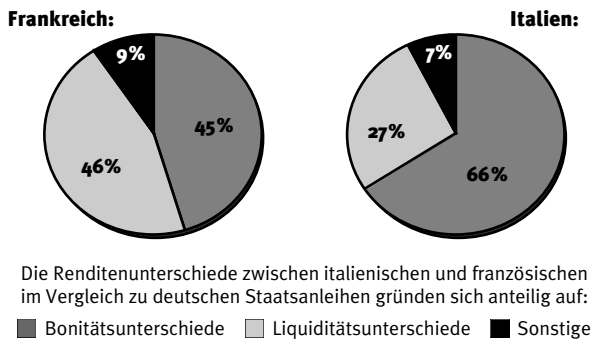
■ Informationen zu den Veranstaltungen:

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden sich auch auf den ZEW-Internetseiten unter <http://www.zew.de> Bitte klicken Sie „Seminare“ an. Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne das ZEW-Seminarprogramm zu.

Information: Ute Jäckel, Telefon 0621/1235-240, Fax 0621/1235-224, E-Mail jaeckel@zew.de

Daten und Fakten

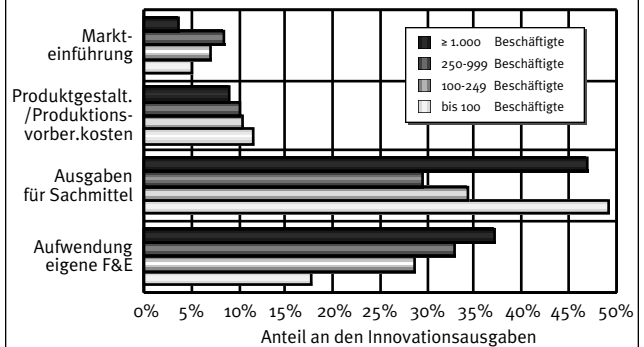
ZEW-Finanzmarkttest im Juni: Deutschlands Banken weiter im Aufwind



Quelle: ZEW

Trotz Währungsunion werden zwei Drittel der Renditespreads zwischen Italien und Deutschland durch Bonitätsunterschiede bestimmt. Dies ist die mittlere Einschätzung der 191 befragten Finanzexperten. Der Renditeunterschied Frankreich/Deutschland kommt dagegen nach ihrer Einschätzung nur zu 45 Prozent durch Bonitätsunterschiede zustande. Etwa 46 Prozent des Spreads entstehen, was die französischen Staatsanleihen angeht, durch Liquiditätsunterschiede. Als sonstige Einflüsse werden Stabilitätsunterschiede und Unterschiede in der Finanz- und Haushaltspolitik der einzelnen Staaten sowie Kuponeffekte und allgemeine technische Ursachen genannt.
 Robert Dornau, dornau@zew.de

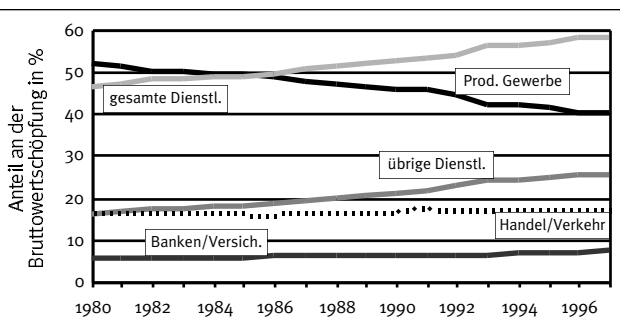
Kunststoffverarbeitende Industrie: Innovation durch Investition in Sachmittel



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel, Befragung 1997

Im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe, wo 58 Prozent der Unternehmen Innovationen durchgeführt haben, liegt dieser Anteil in der Gummi- und Kunststoffverarbeitenden Industrie mit 44 Prozent deutlich niedriger. Insgesamt 42 Prozent der Innovationsaufwendungen fließen dabei in Sachmittel, wobei hierauf vor allem Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten und Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern ihren Schwerpunkt legen. Mit wachsender Betriebsgröße steigt der Anteil der Innovationsaufwendungen für eigene F&E-Maßnahmen, wohingegen die Anteile für Produktgestaltungs- und Produktionsvorbereitungskosten mit der Betriebsgröße sinken.
 Dr. Thomas Cleff, cleff@zew.de

Unternehmensnahe Dienstleister gewinnen an Bedeutung

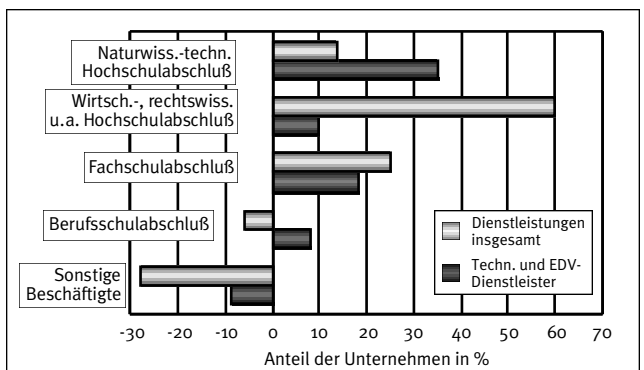


Die Angaben der Graphik beziehen sich für den Zeitraum 1980 bis 1990 (einschließlich) auf das frühere Bundesgebiet und danach auf Deutschland.

Quelle: Statist. Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3 (Volksw. Gesamtrechnungen)

Der Strukturwandel in der deutschen Wirtschaft ist unübersehbar. Der Anteil des Dienstleistungssektors an der gesamten Bruttowertschöpfung ist von 1980 bis 1997 um zwölf Prozentpunkte gestiegen. Doch nicht nur im Verhältnis von Dienstleistungen und Industrie werden Veränderungen deutlich. Auch innerhalb des Dienstleistungssektors findet ein Strukturwandel statt. Während die „übrigen Dienstleister“ an Bedeutung gewonnen haben, stagnieren die traditionellen Dienstleistungen wie Handel und Verkehr sowie Banken und Versicherungen. Zu den „übrigen Dienstleistungen“ zählen persönliche und unternehmensnahe Dienstleistungen.
 Ulrich Kaiser, kaiser@zew.de

Beschäftigungsaussichten im Dienstleistungssektor



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel, Befragung 1997

Im Dienstleistungssektor besteht weiterhin großer Bedarf an Hochqualifizierten. Auf die Frage nach der geplanten Beschäftigungsentwicklung bis Ende dieses Jahres gaben im Saldo 60 Prozent der Unternehmen (gewichtet mit der Beschäftigtenzahl) an, Hochschul- oder Fachhochschulabsolventen mit wirtschafts- und rechtswissenschaftlichem oder ähnlichem Hochschulabschluss einstellen zu wollen. Naturwissenschaftler und Ingenieure sind insbesondere bei technischen und EDV-Dienstleistern gefragt. Wenig begehrt sind nicht nur Unqualifizierte. Auch Beschäftigte mit abgeschlossenem Berufsschulabschluss werden von Dienstleistern kaum nachgefragt.
 Dr. Norbert Janz, janz@zew.de



Dialog

Nun soll es also ein „Dialog“ sein – ein „makroökonomischer“ gleich, man ist schließlich nicht mikroökonomisch, vulgo: kleinlich. So beschlossen auf dem EU Gipfeltreffen in Köln Anfang Juni dieses Jahres. Was ist davon zu halten?

Der „makroökonomische Dialog“ stellt zunächst einmal ein Beschäftigungsprogramm dar, nämlich für die beteiligten Minister, Präsidenten, Kommissare und Verbandsfunktionäre. Proporzgesichtspunkte unterschiedlicher Provenienz werden schon dafür sorgen, daß der Teilnehmerkreis nicht zu klein wird.

Verlautbarungen zufolge soll es sich um einen „vertrauensbildenden und vertrauensvollen Dialog“ handeln, hoffentlich auch vertrauenswürdig, aber nicht vertrauensselig, dann lieber vertraulich. Offenbar mangelt es an „Vertrauen“, denn sonst müßte dasselbe nicht erst gebildet werden. Das provoziert Mutmaßungen darüber, wer wem und in bezug auf was bisher miß“traut“ hat.

Selbstverständlich ist nichts dagegen einzuwenden, wenn in solchen Gesprächen Argumentationen erläutert, Mißverständnisse beseitigt, Vorurteile abgebaut und Kontroversen einer Lösung nähergebracht werden, um die schreckliche Umgangssprache des „sich gegenseitig Austauschens“ zu vermeiden. Das Unbehagen resultiert auch weniger daraus, daß wiederum ein institutionalisiertes Forum geschaffen wird, welches möglicherweise unter Erfolgszwang steht oder sich selbst darunter setzt, sondern aus zwei anderen Gründen.

Zum einen besteht die Gefahr, daß die nationalen Verantwortlichkeiten weniger tatkräftig umgesetzt werden, wenn es berechtigterweise um die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit geht. Gewiß: Einige Ursachen der Arbeitslosigkeit mögen viele oder gar alle EU-Länder betreffen, wie beispielsweise die zunehmende internationale Verflechtung der Güter- und Arbeitsmärkte oder tech-

nologische Umwälzungen, die gering qualifizierte Arbeit einsparen. Aber: Die Verringerung der Arbeitslosigkeit stellt eine nationale Aufgabe dar, in Form einer arbeitsplatzschaffenden Wachstumspolitik, einer beschäftigungsfreundlichen Lohnpolitik und eines Aufbrechens von institutionellen Verkrustungen einschließlich diverser Marktzutrittsbarrieren für potentielle Selbständige. Ein Dialog, bei dem jeder Gesprächsteilnehmer ein solcherart in seinem eigenen Land nachhaltig umgesetztes Maßnahmenbündel vorstellt, ist vielleicht nicht exklusiv makroökonomisch, wohl aber vertrauensbildend, weil beschäftigungsorientiert. Eine EU-synchrone Rezession, die zu einer Koordinierung einer makroökonomischen Stabilisierungspolitik Anlaß geben könnte, ist auf Sicht nicht zu befürchten und entfällt daher als Thema des makroökonomischen Dialogs.

Unbehagen resultiert zweitens aus der Einbeziehung der Europäischen Zentralbank (EZB) in den Dialog. Die EZB ist für die Geldwertstabilität zuständig, sie darf nicht mit Ansinnen konfrontiert werden, dieses Ziel weniger ernst zu nehmen, um sich mehr um den Beschäftigungsstand zu kümmern. Abgesehen davon, daß eine solche Politik letztlich ohnehin zum Scheitern verurteilt wäre, ginge damit ein erheblicher Vertrauensverlust einher, für die EZB nämlich.

Alles in allem: Ein richtig verstandener Dialog unter Wahrung aller Verantwortlichkeiten muß nicht schädlich sein. Vielleicht wurde er auch in erster Linie deshalb ins Leben gerufen, um damit weitergehenden Vorschlägen den Wind aus den Segeln zu nehmen, etwa im Hinblick auf ein europaweit angelegtes Beschäftigungsprogramm oder eine großzügige europäische Sozialunion. Dann hat der makroökonomische Dialog schon jetzt etwas Gutes bewirkt.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de,

Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de;

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher